



Parteigrundsätze

29. Januar 2024

Impressum

Neue Demokratie (nede)
Bundesgeschäftsstelle
Friedrichstraße 79
D-10117 Berlin

Tel: +49 30 519 99 65 10
e-mail: info@nede.de

PARTEIGRUNDSÄTZE

Präambel

I.

Grundwerte (Basis unseres Handelns)

1. Humanismus	6
2. Menschenrechte und Menschenwürde	6
3. Privatsphäre und Datenschutz	7
4. Meinungsfreiheit	7
5. Solidarität	7
6. Respekt	8
7. Rechtsstaatlichkeit	8
8. Tugenden	8

II.

Überzeugungen (Basis unseres politischen Agierens)

9. Abwägung	9
10. Fokus	9
11. Information und Diskurs	10
12. Bildung	10
13. Indirekte Demokratie	10
14. Politik und Gesellschaft	11
15. Demokratiesystem	11
16. Leistungsfähigkeit	11
17. Demokratiekonzept	11
18. Vertrauen durch Kontrolle	12
19. Parteigesetz und Parteiaufsicht	12
20. Politische Konsequenzen	12
21. Europa	12

III.

Selbstanspruch (Basis unserer Differenzierung in der Parteiwelt)

22. Überparteilichkeit	14
23. Spezialisierung (Spartenpartei)	14
24. Selbstanspruch	14
25. Benchmark	15

IV.

Schlussbestimmungen

26.	Rechtsnatur	16
27.	Änderungen	16
28.	Inkrafttreten	16

Auf Binnen-I, Gendersternchen und das generische Femininum wurde zugunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet. Wir möchten in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Verwendung des generischen Maskulinums kein Ausdruck einer benachteiligenden Haltung gegenüber anderen Geschlechtern darstellt.

Präambel

«Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander respektvoll und im Geiste der Brüderlichkeit begegnen» (1. Artikel der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte).

Wir sind uns unserer Verantwortung zum Schutz unserer Werte bewusst und sehen diese ausschließlich in einer freien, offenen und verantwortungsvollen Gesellschaft sichergestellt. Hierfür ist es notwendig, das Demokratiesystem in dem wir leben, permanent an die wachsenden Herausforderungen unserer Zeit anzupassen.

Aus der jüngsten Geschichte leiten wir unsere besondere Verantwortung ab, für Menschlichkeit und Humanismus einzutreten. Diese Motivation entspringt nicht einem Schuldbewusstsein oder einem falsch verstandenen Verantwortungsgefühl, sondern resultiert aus der Erkenntnis, dass wir aus unserer Geschichte die richtigen Schlussfolgerungen ziehen sollen, denn totalitäre Machtsysteme und imperialistisches Denken blockieren gesellschaftliche Entwicklungsprozesse, selbstbestimmtes Leben, schränken die Freiheit des Denkens ein, setzen zielgerichtet Grundrechte außer Kraft und gefährden den Frieden. Dies gibt uns das Recht, undemokratische Organisationsformen auch über Grenzen hinweg zu kritisieren und auf ihre Gefahr für den Weltfrieden hinzuweisen.

Demokratie passiert nicht aus Versehen. Wir müssen sie verteidigen, stärken und kontinuierlich beweisen, dass unser Demokratiemodell kein Relikt der Vergangenheit ist. Zu diesem Zweck müssen demokratische Systeme stetig weiterentwickelt werden.

Wir sehen es daher als unsere Mission an, sicherzustellen, dass Menschenrechte nie mehr durch totalitäre Machtsysteme eingeschränkt oder missachtet werden, um weiterhin in Freiheit und selbstbestimmt in einer aufgeklärten sowie nachhaltig ausgerichteten Gesellschaft leben zu können.

Grundwerte (Basis unseres Handelns)

Grundwerte sind über die Zeit entstandene Erkenntnisse und meist erstritten worden. Sie sind fundamentale Denkhaltungen, die tief verwurzelten Überzeugungen entstammen und als positiv, erstrebenswert und moralisch gut angesehen werden. Grundwerte sind Einstellungen, Ideale und Bedürfnisse, welche gewöhnlich von den Mitgliedern einer Gemeinschaft geteilt werden und zu deren Identität und Kultur beitragen. Sie sind nicht selten der gemeinsame Nenner des Zusammenlebens.

Grundrechte sollen uns Menschen vor staatlichen Übergriffen schützen und sind oft zugleich auch Menschenrechte. Sie sind nicht verhandelbar. Allerdings können sie beschränkt werden, wenn sie andere Grundrechte verletzen oder bedrohen. Ihre gegenseitige Abwägung ist in Sondersituationen geboten und birgt in sich große Risiken für betroffene Gesellschaften. Ganz eindrücklich ist der Wertekonflikt in einer globalisierten Welt, denn wer sich in ihr für Humanismus einsetzt, gilt in seiner Heimat nicht selten als Verräter nationaler Interessen. Wertekonflikte, die keine gesellschaftlich anerkannte Abwägung erfahren, destabilisieren die Gesellschaft und Regierung. Sie bilden einen Nährboden, auf dem autokratische Entwicklungen entstehen und gedeihen.

Wir stehen für die Grundrechte Meinungsfreiheit, Selbstbestimmung, freie Wahlen sowie körperliche und geistige Gesundheit ein. Umgangsformen wie Respekt, Solidarität, religiöse und politische Toleranz, sofern sie den Grundwerten von Humanismus und Menschenwürde entsprechen, wie wir sie über Jahrhunderte entwickelt haben, prägen unser Handeln. Menschenwürde, Toleranz, Solidarität und das Streben nach Freiheit sind die Kernelemente unserer Werte. Diese zu schützen, zu fördern und zu bewahren, treibt uns an.

Nur wer sich dieser Werte bewusst ist und deren Sinnhaftigkeit erkennt, hat ein berechtigtes Interesse, sie zu erhalten und weiterzuentwickeln. Wir sind uns unserer Verantwortung zum Schutze unserer Werte bewusst und sehen diese ausschließlich in einer freien, offenen, gebildeten und verantwortungsvollen Gesellschaft sichergestellt.

1. Humanismus

Humanismus und Aufklärung sind die Grundpfeiler unseres Denkens und Handelns. Wir sind tolerant gegenüber dem Fremden und dem Anderen. Der Emanzipation des Menschen, seines Verstandes sowie seiner Fähigkeit, selbstständig zu denken, gilt unsere volle Aufmerksamkeit. Wir sehen in der Verbindung von Wissen und Tugend die optimale Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten.

2. Menschenrechte und Menschenwürde

Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte gesteht jedem Menschen das Recht auf Leben zu und soll ihn vor der Willkür des Staates in Friedens- sowie in Kriegszeiten schützen. Zu den Menschenrechten gehören bürgerliche und

politische Freiheits- und Beteiligungsrechte, unter anderem das Recht auf Leben, das Verbot der Folter, die Religions-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie die Gleichheit vor dem Gesetz. Wir setzen uns uneingeschränkt für die Menschenrechte im In- und Ausland ein.

Die Menschenwürde ist zu garantieren. Sie verbietet jegliche unmenschliche Behandlung und garantiert die Subjektqualität des Menschen. Demnach darf jede Person vom Gemeinwesen die Sicherung der baren Existenz einfordern.

3. Privatsphäre und Datenschutz

Das Grundrecht auf physische und digitale Privatsphäre soll verhindern, dass ein Individuum manipuliert, dominiert, bloßgestellt oder beeinträchtigt wird. Demokratie ohne Privatsphäre und Datenschutz scheitert, denn Demokratie braucht selbstbestimmte Menschen. Nur wer die Möglichkeit hat, selbst zu bestimmen, kann dafür auch die Verantwortung übernehmen. Der Schutz des Wahlgeheimnisses als Grundpfeiler der Demokratie wird durch die Digitalisierung massiv beeinträchtigt, da digitales Verhalten genaue Rückschlüsse erlaubt, um herauszufinden, welche Partei man wählt oder welcher politischen Gesinnung man angehört. Eine funktionsfähige Demokratie ohne Datenschutz und das Recht auf Privatsphäre gibt es deshalb nicht. Daher setzen wir uns mit aller Kraft dafür ein, dieses Grundrecht zu schützen.

4. Meinungsfreiheit

Freie Meinungsäußerung ist die Freiheit, alles sagen, schreiben, lesen und veröffentlichen zu dürfen. Alle Arten von Ideen, Meinungen und Positionen müssen in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht werden können. Das gilt genauso auch für das Recht, nicht diskriminiert zu werden. Niemand möchte für eine bestimmte Herkunft, ein Geschlecht, eine Hautfarbe oder Religion benachteiligt oder ausgegrenzt werden. Offensichtliche Unwahrheiten, das Verbreiten von Fake News und Hasskommentaren sind nicht durch die Meinungsfreiheit abgedeckt. Die Freiheit der Medien, ihre Pluralität und Unabhängigkeit, vor allem auch gegenüber Politik und Parteien, sind für die Meinungsfreiheit unerlässlich. Unser Handeln zielt darauf ab, die Meinungsfreiheit zu schützen und die Unabhängigkeit der Medien zu garantieren.

5. Solidarität

Solidarität ist ein Kernprinzip zur Förderung ethischer und politischer Verbundenheit zwischen den Menschen in einer Gesellschaft, um das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Daraus leiten wir unsere Verantwortung dafür ab, jeden in geeigneter Form zu unterstützen, um ein eigenverantwortliches, respektvolles und empathisches Leben zu führen.

6. Respekt

Respekt gegenüber allen Menschen – unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, Staatsangehörigkeit, Religion, ihres Standes, Geschlechts und sexuellen Orientierung – ist die Grundlage unseres Handelns.

7. Rechtsstaatlichkeit

Alles staatliche Handeln ist an das Gesetz gebunden (Rechtssicherheit). Vor dem Gesetz sind alle Bürger gleich (Rechtsgleichheit). Unabhängige Gerichte schützen die Bürger vor willkürlichen Eingriffen des Staates (Rechtsschutz). Wir stehen für die Rechtsstaatlichkeit ein.

8. Tugenden

Wir verlangen uns selbst ein vorbildliches Verhalten ab und hinterfragen dieses ständig. Vergebung, Achtsamkeit, Aufrichtigkeit, Anstand, Ehrlichkeit, Empathie, Engagement, Fürsorglichkeit, Loyalität, Pflichtbewusstsein, Redlichkeit, Respekt, Rücksichtnahme und Toleranz sind für uns wichtige Tugenden zur Förderung des gesellschaftlichen Friedens in einer globalisierten und polarisierten Welt. Sie sind Investitionen in eine konfliktfreiere Welt und unabdingbar, um weitere Eskalation zu vermeiden und die Basis zu schaffen, Lösungen anzubieten.

Überzeugungen (Basis unseres politischen Agierens)

Die Einsicht, dass der Mensch fehlbar ist, bewahrt uns davor, Politik zu ideologisieren oder ihr unkritisch gegenüberzustehen. Machtstreben, Einfluss wirtschaftlicher, politischer und religiöser Art, die Globalisierung und die multipolare geopolitische Machtverteilung stellen unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Globalisierung erfordert eine neue Dimension, politische Systeme und ihr Verhalten zu hinterfragen.

Um einer möglichen Destabilisierung unserer Gesellschaft vorzubeugen bzw. ihr entgegenzuwirken, bedarf es Kräfte, welche Politik und Regierungssysteme in fordernder Art und Weise kritisch hinterfragen, mitgestalten und kontrollieren. Wir sind davon überzeugt, dass ein modernes Demokratiesystem unabdingbar ist, in welchem sich Machtkontrolle durch gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerverantwortung entfalten kann.

Wir vertreten die Ansicht, dass Demokratie die einzige Gestaltungsform ist, die es ermöglicht, das Wertesystem unserer Gesellschaft objektiv und vollumfänglich offenzulegen. Nur wer sich dieser Werte bewusst ist und ihre Sinnhaftigkeit erkennt, hat berechtigtes Interesse, diese zu erhalten und weiterzuentwickeln. Aus diesem Grund rücken wir ohne Kompromisse sowohl die Modernisierung unserer demokratischen Ordnung als auch die Bildung ins Zentrum unseres politischen Handelns. Dabei analysieren wir das Partei-, Wahl- und Regierungssystem, die Politikkultur und das Bildungssystem sowie die Form ihrer Machtausübung mit dem Ziel, diese so zu sanieren und zu reformieren, dass sich der wirkliche demokratische Wille in einer Wahl widerspiegelt, damit das Vertrauen in die Politik zurückkehrt.

9. Abwägung

Freiheitsrechte sind dem Sicherheitsrecht überzuordnen, denn der Drang nach Sicherheit hat dort seine Grenzen, wo die Eintrittswahrscheinlichkeit oder die Auswirkungen sicherheitsgefährdender Ereignisse unbekannt sind. Der Rechtfertigung politischer Maßnahmen geht nicht selten eine Angstverbreitung voraus. Diese Erkenntnis ist von zentraler Bedeutung, um dem Aushöhlen von Grundrechten und Demokratien aus dem Inneren entgegenzutreten, denn die Gefahr ist immer dann gegeben, wenn Notstandsgesetze oder -verordnungen, Patriot Acts oder präventive Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalttaten für politische Ziele missbraucht werden. Nicht selten ist damit auch ein Verbot des zivilen Ungehorsams verbunden, das in einer Demokratie das letzte legitime Mittel ist, um gesellschaftliche Kontrolle mit pazifistischen Mitteln auszuüben.

10. Fokus

Bildung und Demokratie stehen in einer Wechselbeziehung und bedingen sich gegenseitig. Wir sind davon überzeugt, dass sich Bildung in freiheitlichen Gesellschaften besser entfalten kann, als dies in autokratischen Strukturen der Fall ist. Somit sehen wir in der Demokratie die Grundvoraussetzung für Bildung. Die

obersten Ziele unseres politischen Agierens sind der Schutz und die Modernisierung unserer Demokratie. Sie stellen den Fokus unserer Parteiarbeit dar. Daraus leitet sich unser Bildungsziel ab. Wir verfolgen parallel beide Ziele.

11. Informationen und Diskurs

Informationen sind der Rohstoff sowohl für Bildung als auch für den Diskurs in der Demokratie. Ohne objektive, richtige Informationen und ohne Bildung ist Diskurs – ein Grundpfeiler der Demokratie – nicht möglich. Informationen werden gehandelt, instrumentalisiert, unterdrückt oder sind falsch (Fake News oder alternative Fakten). Echokammern, Filterblasen und demokratieschädliche Algorithmen (KI) führen zu Fehlinformationen und unzureichenden Schlussfolgerungen. Wenn wir nicht mehr erkennen, wem wir vertrauen sollen, bzw. es sich schwierig gestaltet zu beurteilen, was wahr oder falsch ist, kann uns dies in Situationen führen, in denen wir nicht wissen, was wir tun sollen. Wir sind davon überzeugt, dass die Art und Weise der Informationsgewinnung, -verbreitung und -verarbeitung so zu gestalten ist, dass Informationen allen zur Verfügung stehen, objektiv und richtig sind, damit Narrative den Diskurs nicht mehr zerstören. Die Entscheidungen der Regierung unterliegen der Überprüfung durch den öffentlichen Diskurs. Wir sind davon überzeugt, dass dieser Diskurs seit geraumer Zeit nicht mehr funktioniert, was stark demokratiegefährdend ist. Dies zu verändern gilt unsere volle Aufmerksamkeit.

12. Bildung

Demokratie ist auf Bildung angewiesen, um am demokratischen Prozess teilnehmen zu können. Dies bedingt rationale Kompetenz, um Wissen aufnehmen und verarbeiten zu können, sowie argumentative Fähigkeiten, um am öffentlichen Diskurs mitzuwirken. Man muss fähig sein, eigene Werte zu entwickeln und zu vertreten. Dabei ist eine kritische Haltung genauso wichtig wie die Fähigkeit, Informationen auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen und zu vernetzen. Bildung ist in diesem Zusammenhang die Anleitung, wie Informationen zu verarbeiten sind, um Erkenntnisse zu erlangen, die entscheidend die Meinungsbildung prägen. Dabei sind die Treiber der Meinungsbildung, der Abwägungsprozess und das Zielsystem mit all seinen Zielkonflikten zu berücksichtigen und offenzulegen. Ausbildung oder Qualifikation reichen daher nicht aus, da sie in der Regel auf ökonomisch nützliche Fähigkeiten oder Kenntnisse verweisen. Demokratie ist kein Selbstzweck sondern ein Instrument für all jene, die in einer offenen Gesellschaft und selbstbestimmt leben möchten. Somit ist Bildung auch auf Demokratie angewiesen. Wir sind ferner sicher, dass sich viele gesellschaftliche Probleme durch eine massive Aufwertung von Bildung lösen lassen. Diese Überzeugung beeinflusst unsere politische Arbeit, indem wir Bildung in den Mittelpunkt unserer Gesellschaft rücken.

13. Indirekte Demokratie

Trotz großer systemischer Unzulänglichkeiten sind wir davon überzeugt, dass die indirekte Demokratie in ihrer Grundidee noch immer die beste Volksherrschaft ist.

14. Politik und Gesellschaft

Unsere Demokratie steckt seit geraumer Zeit in einer schweren Existenzkrise, die durch die langjährige Entkopplung von Politik und Gesellschaft sowie den dadurch entstandenen Vertrauensverlust in die Politik und Institutionen hervorgerufen wurde. In der Folge hat sich eine große Unzufriedenheit, haben sich große Zweifel sowie Frustrationen aufgebaut, die dazu führten, dass die Zustimmungswerte für Demokratie und die Legitimation politischer Macht gefährlich gesunken sind. Die Entkopplung von Politik und Gesellschaft führt zur Zerstörung unserer indirekten Demokratie, was wir mit maximaler Kraft verhindern wollen.

15. Demokratiesystem

Wir sind davon überzeugt, dass das System dafür verantwortlich ist, welche Politik und Politikertypen geschaffen werden. Das Problem liegt im unzureichenden Demokratiesystem. Ferner gehen wir davon aus, dass das bestehende Demokratiesystem der Bundesrepublik Deutschland große Unzulänglichkeiten bzw. Interessenkonflikte aufweist, die es zu beheben gilt.

16. Leistungsfähigkeit

Anstatt Demokratie zu schwächen, ist sie zu stärken, um der Entkopplung von Politik und Gesellschaft entgegenzutreten. Wir sind davon überzeugt, dass man das bestehende Demokratiesystem so ergänzen kann, dass es sich selbstständig weiterentwickelt. Dadurch ist es in der Lage, sich vor Angriffen aus dem Inneren und Äußeren selbst zu schützen und gegen Machtmissbrauch mit aller Konsequenz vorzugehen, um dadurch den Machterhaltungswillen um jeden Preis abzustellen. Ebenso können Inkompetenz in der Politik abgebaut, demokratische Prozesse beschleunigt und objektive Informationsvermittlung sowie umfassender Diskurs und Gewaltenteilung garantiert werden. Dadurch soll Politik wieder im Sinne der Gesellschaft agieren, das Vertrauen in die Politik wieder zurückkehren und Demokratie sich im globalen Wettstreit der Machtsysteme durchsetzen. Politik und Gesellschaft sollen wieder zusammenfinden. Wir sind davon überzeugt, dass wir die Leistungsfähigkeit unserer Demokratie entscheidend verbessern können, indem wir ihr unsere Hauptaufmerksamkeit widmen.

17. Demokratiekonzept

Wir sind davon überzeugt, dass unser Demokratiekonzept veraltet ist, da es letztmalig in seinen Grundzügen (Legislative, Executive und Judikative) 1748 verändert wurde und nicht mehr den Anforderungen an eine moderne Demokratie entspricht. Dieses Demokratiedefizit gilt es auszugleichen. Wir bekennen uns zu einer verbesserten Form der Demokratie, denn wir sind davon überzeugt, dass demokratische Strukturen einem fortlaufenden Prozess der Modernisierung unterworfen sein müssen, um den Anforderungen der sich ständig wandelnden Gesellschaft und den wachsenden Herausforderungen gerecht zu werden. Wir sind

davon überzeugt, dass die Modernisierung unserer Demokratie unabdingbar ist. Die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen, die Vermeidung von Interessenkonflikten und die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung sind unabdingbar, um das Vertrauen in die Politik wiederherzustellen. Wir sind davon überzeugt, dass in dem aktuell unzureichenden Demokratiesystem das Kernproblem unserer Demokratie begründet liegt.

18. Vertrauen durch Kontrolle

Wir sind davon überzeugt, dass Vertrauen in der aktuellen Situation ausschließlich durch verstärkte Kontrolle wiederhergestellt werden kann. Daher setzen wir auf den Ausbau der Kontrollmacht (passive Teilhabe), die durch die Gesellschaft ausgeübt wird. Wir sehen daher die Verankerung der prüfenden Gewalt (vierte Gewalt) im politischen System als unumgänglich an, um das Vertrauen in die Politik wieder zurückzugewinnen bzw. gesellschaftliche Zweifel ausräumen zu können. Wir sind davon überzeugt, dass demokratische Strukturen nur durch den Regelkreis der Kontrolle einen fortlaufenden Prozess der Modernisierung erfahren können, um den Anforderungen der sich ständig ändernden Gesellschaft zu entsprechen. Die Einbindung der Gesellschaft in das politische System fördert zudem nicht nur den objektiven und schnellen Informationsaustausch zwischen Politik und Gesellschaft, sondern sensibilisiert und aktiviert Letztere, um die ultimative Kontrolle in einer Demokratie wieder ausüben zu können. Die prüfende gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht es ihr, sich wieder aktiv am Demokratieprozess zu beteiligen.

19. Parteiengesetz und Parteiaufsicht

Ferner sind wir überzeugt, dass das Parteiengesetz unzureichend ist, und die Art und Weise der Beaufsichtigung von Parteien ein großes Problem darstellt. Um das Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen, müssen Regierungs- und Parlamentsparteien stärker kontrolliert werden. Wir sehen in der Regulierung der Parteien einen großen Nachholbedarf. Eine unabhängige und starke Parteienregulierung ist unabdingbar, um zusätzliches Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen.

20. Politische Konsequenzen

Wir sind davon überzeugt, dass politisches Fehlverhalten heute keine unmittelbaren Konsequenzen zur Folge hat. Auch der Umstand, dies durch herkömmliche Wahlen zu ändern, schlägt fehlt. Daher sind wir überzeugt, dass politische Konsequenzen unabdingbar sind, um den Prozess zur Steigerung der Leistungsfähigkeit voranzutreiben.

21. Europa

Die meisten Menschen in Europa sind überzeugte Europäer und sehen in der Vollendung der Europa-Vision einen wichtigen Meilenstein in der Bewältigung weltweit großer Probleme der Gegenwart und Zukunft. Allerdings sind viele Men-

schen skeptisch, wenn es darum geht, eine europäische Verfassung zu schaffen und die europäische Regierung in Brüssel mit weitreichenden Kompetenzen auszustatten.

Durch die Finanzkrise 2008 ist der europäische Einigungsprozess ins Stocken geraten. Die politische Einigung Europas war vor allem vor dem Hintergrund einer fiskal-, wirtschafts- und verteidigungspolitischen Union nicht mehr mehrheitsfähig. In vielen Ländern wurde Europa nicht mehr thematisiert und vereinzelt sogar bekämpft.

Diese Lücke zwischen Notwendigkeit und Skepsis gilt es zu überbrücken. Die damit zu beobachtende Ratlosigkeit und Frustration liegen wesentlich darin begründet, dass keine Lösungsansätze vorhanden sind und sie auch nicht konkret entwickelt, geschweige denn diskutiert werden. Wir sind überzeugt, dass der Wille vorhanden ist, über Lösungen zu diskutieren, die derzeit nicht vorhanden sind.

Nur ein modernes Demokratiesystem, das von einer europäischen Gesellschaft getragen wird, ist die Grundvoraussetzung, Europa politisch zu einigen. Gelingt dies nicht, wird die europäische Vision scheitern.

Wir möchten mit unserer Politik einen wesentlichen Beitrag zur politischen Einigung Europas leisten. Unser Ziel ist es, das allgemein bekannte Demokratiekonzept zu modernisieren, um es in Deutschland zu etablieren. Damit können wir zeigen, dass die Risiken, die mit einer indirekten Demokratie verbunden sind, steuerbar sind.

In einer sich ändernden Welt bleibt es unser Auftrag, Werte und Wirklichkeit zu verbinden und entsprechend zu handeln.

III.

Selbstanspruch (Basis unserer Differenzierung in der Parteiwelt)

Unsere Art Politik zu betreiben folgt einem Selbstanspruch, den wir uns selbst auferlegen, um maximale Glaubwürdigkeit zu erlangen und die Anforderungen in der Umsetzung, die sich aus dem Denkkonzept der Partei ergeben, bestmöglich erfüllen zu können.

Wir wollen eine Bewegung in Form einer Partei sein. Dies gelingt uns, da wir ein universelles Thema verfolgen, monothematisch arbeiten, überparteilich sind und dafür sorgen, nach der Zielerreichung wieder aus dem Parteiregister ausgetragen zu werden. Wir verfolgen ein wesentliches gesellschaftliches bzw. universelles Anliegen, nämlich den Schutz und die Weiterentwicklung unserer Demokratie. Wir weisen auf die Gefahr des Verlustes unserer Demokratie hin und stellen die Modernisierung unseres Demokratiesystems ins Zentrum unserer politischen Arbeit. Dies bedingt eine gewisse Logik des Denkens, um unsere politischen Ziele zu erreichen. Daraus leiten sich Anforderungen ab, die es einzuhalten gilt.

22. Überparteilichkeit

Um das gesellschaftliche Anliegen, das durch ein universelles Thema bestimmt ist, in seiner Umsetzung nicht zu gefährden, bedarf es einer stark ausgeprägten Überparteilichkeit. Wir vermeiden daher politische Umverteilungs- oder tagespolitische Fragen, um eine maximal breite politische Unterstützung zu gewinnen. Unsere Politik ist wissensorientiert und systemisch, aber nicht ideologisch.

23. Spezialisierung (Spartenpartei)

Unsere monothematisch orientierte Politik bedingt Expertenwissen in Demokratie und Bildung. Dieses ist ständig auszubauen, um unter den Parteien in diesen beiden Themen führend zu sein. Daher pflegen wir enge Kontakte zu gemeinnützigen Institutionen in diesen Bereichen. Die Spezialisierung ermöglicht uns, frei von Interessenkonflikten zu arbeiten und maximale Differenzierung zu gewährleisten.

24. Selbstanspruch

Wir verfolgen das Ziel, in Deutschland das modernste Demokratiesystem der Welt zu bauen, getreu dem Motto: Made in Germany. Dies bedingt die Einführung der vierten, prüfenden Zivilgewalt. Damit eine Aushöhlung aus dem Inneren maximal erschwert wird, ist die vierte Gewalt verfassungsrechtlich zu verankern. Wir sind davon überzeugt, dass wir in der Lage sind, echte Lösungen anbieten zu können. Deutschland soll das Schaufenster für ein Demokratiesystem sein, das als Vorbild für Europa dienen soll.

25. Benchmark

Wir wollen die Benchmark unter den deutschen Parteien sein, wenn es um die Modernisierung unserer Demokratie geht. An uns sollen die Wählenden erkennen, ob die Parteien ernsthaft Willens sind, unser Demokratiesystem zu verbessern oder nur so tun als ob. Wir möchten jene Parteien enttarnen, die nur vorgeben demokratisch zu sein. Wir wollen damit die Politiker aller Parteien, die sich mit der Verbesserung der Demokratie beschäftigen, aktivieren, damit sich der Einfluss in den eigenen Reihen besser entfalten kann. Für diese Politiker bieten wir eine politische Alternative an.

IV.

Schlussbestimmungen

26. Rechtsnatur

Diese Parteigrundsätze sind Bestandteil der Bundessatzung.

27. Änderungen

Diese Parteigrundsätze können im Rahmen des Bundesparteitages mit einer Mehrheit von Neunzehntel der abgegebenen gültigen Stimmen geändert werden.

28. Inkrafttreten

Die Parteigrundsätze treten erstmalig anlässlich des Bundesparteitages vom 29. Januar 2024 in Kraft.

